

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

13. Februar 1952

351/A.B.

zu 384/J

Anfragebeantwortung

Die Abg. Josef Kraus und Genossen haben am 31. Jänner 1952 an die Bundesregierung eine Anfrage betreffend die Vorfälle in Deutsch-Wagram gerichtet. Auf diese teilt Bundeskanzler Dr. Dipl.-Ing. Figl mit:

"Nach den im Bundeskanzleramt eingelangten Berichten haben beim Garnisonwechsel in Deutsch Wagram am 12. Jänner 1952 zuerst die verantwortlichen Kommanden diesen Ort verlassen. Die sich selbst überlassenen Truppen haben diesen Berichten zufolge sodann aus den von ihnen besetzten Wohnräumen Mobilar, Haushaltsgeräte, Beleuchtungskörper usw. mitgenommen und abtransportiert. Ich habe auf Grund dieser Meldungen am 21. Jänner 1952 ein Protestschreiben an den Stellvertretenden Sowjetischen Hochkommissär General Kraskewitsch gerichtet, in dem ich diese Übergriffe, die ohne militärische Notwendigkeit, ja gegen jeden militärischen Brauch erfolgten, darstellte und verlangte, diese Vorfälle zu prüfen und vorzusehen, dass die österreichischen Staatsbürger in der sowjetischen Besatzungszone künftighin von derartigen Übergriffen geschützt bleiben. Gleichzeitig habe ich in meinem Schreiben der Erwartung Ausdruck gegeben, dass der geschädigten Bevölkerung in vollem Ausmasse Schadensersatz zuerkannt wird.

Am 22. Jänner 1952 hat sich auch der Ministerrat mit diesen Vorfällen beschäftigt und hat beschlossen, dass ich bei meiner nächsten Vorsprache bei General Kraskewitsch diese Übergriffe zur Sprache bringen soll.

Am 24. Jänner 1952 erfolgte auch tatsächlich eine Aussprache beim Sowjetischen Stellvertretenden Hochkommissär General Kraskewitsch. Dieser sagte mir in Gegenwart des Bundesministers Helmer die Einleitung einer Untersuchung im Gegenstande und eine Wiedergutmachung berechtigter Schadensersatzansprüche zu.

Eine diesbezügliche amtliche Verlautbarung ist am Freitag, den 25. Jänner 1952 in der Tagespresse erschienen.

Am 5. Februar 1952 hat mir General Wl. Kraskewitsch in Vertretung des Hochkommissärs der UdSSR für Österreich unter Zl. 9/17 eine Note mit nachstehendem Wortlaut überreicht:

"Ich teile Ihnen mit, dass im Zusammenhang mit der Schadensgutmachung, die durch Übergriffe von Sowjetabteilungen notwendig geworden war, auch die Freigabe von 10 Häusern und 129 Wohnungen in Deutsch Wagram verfügt wurde."

Auf Grund dieser schriftlichen Zusage ist demnach eine die Bevölkerung von Deutsch Wagram befriedigende und beruhigende Bereinigung des Vorfalles zu erwarten."